

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

30 (5.2.1913)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inzerate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 A. Lokalanzeige billiger. Schluß d. Inzeratenaufnahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inzerate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Bayrische Chronik.

Zur Naturkunde des Herrscherwillens. — Klerikaler Totentanz. — Naturrechtlicher Verfassungsbruch. — Hertling oder —? — Der Prinz der Gebärmutter. — Wölfe und Büchsenstein. — Ein Gegenstück zum Staatsanzeiger. — Tränen im Wochenbett. — Und Kathreiners Malzkaffee.

Aus München wird uns geschrieben: In der „Münchener Post“ hat ein Eingeweihter begonnen, die Geschichte des ersten klerikalen Ministeriums zu schreiben, das wir im neuen deutschen Reich erlebt haben. Dieser Historiker des Gegenwärtigen bedient sich zur Darstellung einer leichteren Form, die in urteilslosen Feiern den Eindruck erwecken könnte, als ob es sich da um Ausstrahlung von Hofplauderei handle, der uns nichts angehe. In Wahrheit wird in jenen Betrachtungen gegen das herrschende System ein bitterer Kampf geführt, der uns wirksamer ist, als er nicht bloß die Formeln und die Argumente des Gegners mit andern Formeln und Argumenten widerlegt, sondern die unmittelbaren Lebensäußerungen der regierenden Gewalt haben aus genauer Kenntnis packt.

In der letzten dieser entlarvenden Klaudereien wird die Definitivität eingeführt in die Geburtsgeheimnisse des Ministeriums Hertling, und wir erfahren, was denn das für ein Herrscherwillen gewesen ist, dem dieser geschwätige Professor der Philosophie als getreuer Knecht dienen zu wollen, so oft brünstig geschworen hat. Dieser hervorragende Staatsmann der klerikalen Internationale hat es nicht umsonst abgelehnt, vor dem Landtag sich über die Vorgänge des jähren Regierungswechsels zu verbreiten, der vor einem Jahre der Landtagsauflösung folgte und unmittelbar in die Neuwahlen hinein explodierte. Seit 1911 gab es keinen verfassungsmäßig berechtigten Herrscherwillen mehr in Bayern. Kuitpolds geistige Kraft war erloschen. Mit dem körperlichen Zusammenbruch rechnete man schon damals. Die Katastrophe trat zwar noch nicht ein und es gab Zeiten, in denen sich der alte Herr körperlich ganz rüstig fühlte, aber jedes Interesse an den öffentlichen Dingen und jedes Verständnis für politische Vorgänge war in diesen Dämmerzuständen der letzten Jahre geschwunden.

Die unumschränkte Herrschaft führte in dieser Zeit ein „höherer Kammerdiener“, der Chef des Geheimkabinetts, Herr v. Wiedenmann. Der empfang die Erzlegenden und warf sie hinaus; er brühtete sich wohl gar, daß es ihm gelungen, auf solche Weise die Vorträge der Minister beim Regenten zu erledigen. Da aber der Allmächtige jeden Tag mit dem Ableben seines Herrn rechnen mußte, da ein übles Verhältnis mit dem künftigen Regenten bestand und das Ministerium Bodewils trotz aller willfährigen Geschmeidigkeit eben doch noch allzu viel selbständigen und vor allem nicht klerikalen Willen besaß, hatte Wiedenmann allen Anlaß, vor dem Ende seiner Herrlichkeit zu zittern. Er war aber entschlossen, den Tod Kuitpolds zu überdauern. Und deshalb spann er mit etlichen scharfmacherischen kapitalistischen Reichsräten und feudalen Zentrumsführern jene Intrigue, die das Ministerium Bodewils beseitigte und die Mißgeburt Hertling-Soden hervorbrachte. Das Umsturzgeschick, das damals erhoben wurde, diente nur dazu, den Widerspruch von Mitgliedern der Familie Wittelsbach zu überwinden.

Herr v. Hertling und sein Ministerium ist also überhaupt nicht verfassungsmäßig zustande gekommen, sondern ist von einem avancierten Kanakisten eingeklebt worden und Hertling regierte dann in den bewußtlosen Zeiten Kuitpolds als Werkzeug seines Schöpfers, des Herrn v. Wiedenmann. Der hatte geredet, daß das Geipst der Wittelschuldigen so fest und dauerhaft halten würde, um auch den künftigen Prinzregenten an die Person des wahren Königs von Bayern zu fesseln. Mühte Hertling nicht Treue dem Manne wahren, dem er seine Ministerstellung verdankte? Aber die Rechnung Wiedenmanns war ebenso falsch wie die Seele des frommen Professors. Die erste Handlung Ludwigs bei seinem Regierungsantritt war, daß er Herrn v. Wiedenmann beseitigte und Professor v. Hertling rührte keinen Finger, um den Freund und Urheber seines Glücks zu halten. Und nun ermesse man die ganze Heuchelei dieser klerikalen Phrasologen, die gerade in der Zeit die staatsbürgerliche Gleichberechtigung verfassungsbrüchig unter Berufung auf den Schutz der Monarchie gegen republikanische Anfechtungen aufhoben, als sie sich bemüht waren, nicht irgend einem monarchischen Herrscherwillen ihre Grütze zu verdanken, und nicht die Verfügungen des berufenen Verweisers der Krone Bayerns zu erfüllen, sondern als Kreaturen eines verfassungswidrigen Rechtes ausübenden Hofbeamten zwar nicht republikanisch aber wahrhaft anarchisch zu regieren. Als gar kein Herrscherwillen mehr da war, erfand man ihn, um jenseits von Recht und Gesetz persönliche und Parteigeschäfte treiben zu können. Und die Fragen, die diesen klerikalen Totentanz vollführten, schwachen von Stärkung der monarchischen Autorität und energischer Bekämpfung des Umsturzes.

Als dann ein legitimer Herrscherwillen wieder vorhanden war, war freilich Herr v. Hertling bemüht, ihn ebenso gefügig zu sein, als vorher Herrn v. Wiedenmann. Der kleine Professor blies das Gottesgnadentum mächtig

auf. Sein aus den Studien des klerikalen Naturrechts entprofener Plan war, daß Prinz Ludwig sich aus eigener Gewalt, ohne die bestehende Mitwirkung des Landtags, als König proklamieren müßte. Es ist bekannt, daß diese ursprüngliche Absicht ebenso scheiterte, wie die anderen Methoden der Königsmacherei, die als Eriak ebenso häufig wie ungeheißt verjudet wurden. Daß aber jene Hertlingsche Absicht der Selbstkrönung bei aller naturrechtlichen Gesinnung ein großer Bruch der geltenden bayerischen Verfassung war, zeigt eben der Münchener Staatsrechtslehrer Professor v. Stengel in einem Artikel, dessen zwingende Beweisführung dadurch nicht gemindert wird, daß er in einem Zentrumsblatt veröffentlicht wird. Gegen Hertling richtet sich der Satz Stengels, daß der von Einzelnen vorgeichlagene Weg, der Prinzregent Ludwig solle sich selbst und einseitig als König proklamieren, zweifellos ungangbar sei: „Eine solche Maßregel wäre nicht bloß eine Verletzung des vom Regenten geleiteten Regentenschaftsrechts, sondern ein direkter Verfassungsbruch, da die Verfassungsurkunde eine derartige Veräußerung der Reichsverwaltung, die zudem materiell eine Absetzung des Königs enthalten würde, nicht kennt“.

Es leuchtet in das Durcheinander der klerikalen Intrigen grell hinein, daß dieser gegen Hertling gerichtete Artikel in einem Zentrumsblatt veröffentlicht wird. Man würde das nicht verstehen, wenn man nicht längst wüßte, warum das Zentrum auch die parlamentarische Königsmacherei zu Fall gebracht hat. Es war der aristokratische Flügel des Zentrums, der die Fortdauer der Regentenschaft erzwingen hat. Und der Führer dieser klerikalen Verschwörung gegen Hertlings Königspläne war ein feudaler Zentrumsbaron, der selber auf Hertlings Stuhl Anspruch erhebt und deshalb verhinderte, daß just unter dem Ministerium Hertling Ludwig König würde. Wenn es dem Prinzregenten eilig wäre, das Provisorium zu beseitigen, so würde er umso rascher den Mann berufen, der den König nicht mehr bereiten würde, wenn es unter seiner eigenen Ministerchaft geschähe.

Die Umstände des Ministeriums Hertling sind also nicht die besten und sichersten mehr und man versteht es, wenn deshalb Herr v. Hertling, wie früher dem Herrn v. Wiedenmann, das Regieren jetzt dem Chef des neuen Preßbüros und Aufsichtsrat der Staatszeitung überläßt und sich selbst auf jene mittelalterlich professoralen Studien zurückzieht. Auch die ammutigen höfischen Liebesdienste werden die Herrlichkeit nicht verlängern, denn sie kompromittieren das Haus Wittelsbach mehr, als es der gehäßigte Republikaner tun könnte. Wenn die „Staatszeitung“ neulich unter dem halbamtlichen Dreigestirn gegeben mußte, daß der Kultusminister v. Knilling tatsächlich dem allgeliebten und allliebenden prinziplichen Chirurgen Ludwig Ferdinand gegen den Widerspruch nicht nur der medizinischen Fakultät, sondern auch des Verwaltungsausschusses der Universität München ein staatliches Gebäude, in dem die Gebärmutter untergebracht ist, für die Ausübung seiner chirurgischen Kunstgriffe zur Verfügung gestellt hat, so hat diese ministerielle Vorladung prinzlicher Liebhaberinnen den Wittelsbachischen Arzt so geschädigt, als ob er sich bei sich selbst in Behandlung gegeben hätte. Die Nachridt ist also wahrscheinlich richtig, daß der Prinz inzwischen durch die Letztüre der „Münchener Post“ sich von der Nichtigkeit der Bedenken der medizinischen Fakultät habe überzeugen lassen und darauf verzichtet habe, als Privatarzt ein staatliches Institut als Absteigequartier seiner medizinischen Praxis zu wählen.

Ein hervorsteckendes Merkmal der heutigen bayerischen klerikalen Regierung ist, daß sie sich finanziell, ohne ängstlich auf Konfession und politische Gesinnung zu sehen, von Großkapitalisten auslasten läßt, die nicht einmal Bayern, sondern sogar Berliner sein dürfen. Der Vertrag der Hertlingschen „Staatszeitung“ mit der Firma Mosse erhält eben ein kaum minder zierliches Gegenstück in der Neugründung eines Organs zur Pflege bayerischer Landesgeschichte. „Das Bayerland“ ist vor einem Vierteljahrhundert von einem Enthusiasten gegründet worden, der in diesem Organ besonders die bayerische Ortsgeschichte pflegen wollte. Der Begründer ist gestorben und das Bayerland wird gegenwärtig von einem strammen Zentrumsmann Dr. Josef Weiß herausgegeben. Herr Weiß verwaltet zugleich das königliche Hausarchiv, das den Zweck hat, die Urkunden der Wittelsbacher Geschichte der Öffentlichkeit zu entziehen; hier werden zum Beispiel jene obenentworfene byzantinischen Briefe streng verschlossen, die Mich. Wagner an Ludwig II. gerichtet. Das Bayerland erschien früher im Verlag der Firma Oldenbourg, die jetzt die Staatszeitung herausgibt. Dann ging es in den bekannten Münchener Verlag von Georg Müller über. Neuerdings ist für dieses, nach dem Umschlag-Aufdruck von allen Ministerien amtlich empfohlene Organ ein eigener Bayerland-Verlag gegründet worden. Wer hinter diesem Verlag steckt, erzählt ein anderes christ-katholisches Journal, die „Walhalla“. Es ist die Berliner Großdruckerei Georg Büchsenstein, die zurzeit gerade die katholischen Betriebe zu monopolisieren unternimmt, so in Wien die Leogefellschaft, in München die Allgemeine Verlags-Gesellschaft gegründet hat. Der Geschäftsführer dieser Allgemeinen Ver-

lags-Gesellschaft in München ist zugleich Geschäftsführer und Teilhaber des Bayerland-Verlags. Außerdem sind einige klerikale Reichsräte an dem Unternehmen beteiligt und neben einem mit tausend Mark Einlage die konfessionelle Parität vertretenden Herrn Nathan die Kathreinerischen Malzkaffee-Fabriken mit 10 000 Mk. Der Herausgeber Dr. Weiß ist selbst mit 15 000 Mk. beteiligt. Man behauptet, daß diese Einlage von Herrn v. Hertling gestiftet ist, der die Summe aus dem von titel- und ordnenbedürftigen reichen Bürgern gespeisten Fonds seines Ministeriums entnommen hat. Hertling, Büchsenstein, Zentrumsfeudale und Kathreiners Malzkaffee, das ist der ammutige Reigen des bayerischen Regierungsklerikalismus. Aber außer Herrn Nathan tun die Geldgeber dieses völlig klerikalisierten Organs nichts umsonst. Und so bringt denn diese wissenschaftlich-vollstimmliche Wochenchrift in jeder Nummer unter der Rubrik „Nützliche Winke und Mitteilungen“, die äußerlich als redaktionelle Leistungen erscheinen, Malzkaffee-Reklamen von dieser Art: „Sehr oft hört man Böchmerinnen klagen über den Lindenblütenrost und über das sonstige reizlose Menu, welches ihnen zudistiert wird. Der Jammer über die verbotenen Genüsse kann sich bis zu Tränen steigern. Und — Tränen im Wochenbett machen häßlich! Da ist es denn immer eine rechte Freude, wenn der Arzt als vollgültigen Eriak für die saden Milch- und Mehlgetränke Kathreiners Malzkaffee verordnet.“

Hertling macht alles und mit allen. Königskronen, Prinzenlogis, Malzkaffee-Reklamen. Und mit Rudolf Wölfe und Georg Büchsenstein orientiert er berlinisch das bayerische Volk über seine Politik und seine Geschichte. Um das Wochenbett des wiedergeborenen Bayerland aber dürfen nun einige Tränen fließen. Gegen dieses amtlich empfohlene fade Mehlgetränk kann nur eines helfen: man muß sich in Kathreiners Malzkaffee berausigen.

Wirkung der Branntweinsteuer-Novelle auf die südd. Staaten.

Das am 14. Juni 1912 erlassene Gesetz betr. die Befreiung des Branntweinsteueringents ist bereits am 1. Oktober 1912 in Kraft getreten. Mit den Änderungen, welches dieses Gesetz gebracht hat, können Spirituszentrale und die Großbrenner des deutschen Ostens zufrieden sein, denn es hätte für letztere kaum günstiger ausfallen können. Was dieselben durch die Kontingenterhöhung verlieren, bringt ihnen die Preiserhöhung der Zentrale wieder in größerem Betrage ein, besonders aber gewinnen diejenigen norddeutschen Brenner, welche bisher kein oder nur ein geringes Kontingent hatten. Auch die Luftbefeuchtung hat gütig abgeschnitten, insofern als für den Gehalt der verschiedenen Sefebegriffe festgelegt wurden und das langerehobene Sefebestimmungsverbot gesehlich eingeführt wird.

Anders unsere süddeutschen Brenner, welchen der größte Teil der ihnen im Jahre 1887 zugeordneten Vorkontingente entzogen worden ist. Letztere bildete bekanntlich die Voraussetzung für den Eintritt der drei Reservatstaaten in die Branntweinsteuergemeinschaft zur Aufgabe ihrer früheren Steuerrechte auf eine besondere Branntweinbesteuerung. Mit Wirkung vom 1. Oktober v. J. ist der niedere Verbrauchssatz mit 1,05 Mk. aufgehoben und das Kontingent für die Nichtreservatstaaten beseitigt worden. In den drei Reservatstaaten (Bayern, Württemberg und Baden) wird, wie die Zeitschrift süddeutscher Finanzbeamten ausführt, die Verbrauchsabgabe für den inneren des Kontingents und in Hohenzollern innerhalb des für das Betriebsjahr 1911/12 festgesetzten Kontingents erzeugten Branntwein für Brennerereien jeder Art ermäßigt, bei einer Jahreserzeugung bis 10 Hektoliter auf 1,14 Mk., darüber bis 100 Hektoliter auf 1,15 Mk., darüber bis 200 Hektoliter auf 1,16 Mk., darüber bis 300 Hektoliter auf 1,17 Mk., darüber für Land- und Obstbrennerereien 1,175 Mk., für gewerbliche Brennerereien 1,20 Mk. — innerhalb Kontingents bisher 1,05 Mk. — je für 1 Liter Alkohol. Diese Ermäßigung kann nicht unter 7,50 bzw. 5 Mk. vermindert werden ohne Zustimmung der Reservatstaaten.

Die Nichtreservatstaaten (Hohenzollern ausgenommen) genießen bezüglich der innerhalb des Betriebsjahres 1911/12 festgesetzten Kontingentmengen ähnliche Ermäßigungen, und zwar die landwirtschaftlichen und Obstbrennerereien bis 10 Hektoliter Jahreserzeugung auf 1,14 Mk. (gleich wie die Reservatstaaten!), die landwirtschaftlichen und Obstbrennerereien sowie die gewerblichen Kornbrennerereien ohne Sefeerzeugung bei einer Jahreserzeugung von nicht mehr als 100 Hektoliter auf 1,16 Mk., darüber bis 200 Hektoliter auf 1,17 Mk., darüber bis 300 Hektoliter auf 1,175 — innerhalb Kontingents bisher 1,05 Mk. — deren Erzeugnis darüber hinaus, sowie alle übrigen Brennerereien der Nichtreservatstaaten unterliegen dem normalen Verbrauchsabgabesatz mit 1,25 Mk.

In ganzen Branntweinsteuergebiet findet für die Obstbrennerereien und Stoffbrenner, wenn sie jährlich nicht über 30 Liter Alkohol herstellen, nach wie vor der ermäßigte Satz von 0,84 Mk. für das Liter Anwendung. Während diese Art Brenner noch die weitere Begünstigung der Erhöhung ihrer Maximalmenge (von 30 auf 50 Liter) erhielten, wurden alle anderen Brenner des deutschen Reiches dazu verurteilt, eine höhere Verbrauchsabgabe als bisher zu zahlen. Hierbei werden aber die Brenner der drei süddeutschen Reservatstaaten, deren Brenner betriebe ausschließlich nur innerhalb Kontingent brannten bzw. brennen konnten, ganz anders betroffen.

Während der Kontingent dieser Brenner sich bisher zwischen 14 und 19 Mk. pro Hektoliter Alkohol bewegte (Bayern 14—15 Mk., Baden 16—17 Mk., Württemberg 18—19 Mk.) beträgt deren Ermäßigung künftig gegenüber den Brennern der Nicht-

he

511

2730

Woche

4962

Karlsruhe.

Durlach.

Georg

Georg

verhältnissen: bei einer Jahreserzeugung bis 1 Hektoliter 0, bei einer Jahreserzeugung von darüber bis 300 Hektoliter ca. 0,5 bis 1 Mk., bei einer Jahreserzeugung von darüber 5 Mk. für gewöhnliche und 7,50 für die anderen Brennereien. Dazu kommt noch, daß die Befreiung der Kontingentsmengen vom Vergällungszwang beseitigt und daß von allen Brennereien ohne Rücksicht auf Betriebsart und Kontingent die vom Bundesrat festzusetzende Quote (40-50 Proz.) vollständig vergällt werden muß.

Die bisherigen Ausnahmen gelten nur noch für Obstbrennereien, reine Kornbrennereien für ihren bisher auf Trinitrotwein bearbeiteten Spiritus, sowie für alle Brennereien bis 150 Hektoliter (bisher 100 Hektoliter) Jahreserzeugung.

An Stelle der nun beseitigten Liebesgabe ist eine andere Liebesgabe in Form der Gewährung erhöhter Vergütungen für gewöhnliche resp. Branntwein gewährt worden (16 Millionen), die es ermöglicht, den Preis sowohl für Trinitrotwein als für Brennspiritus gleichmäßig zu erhöhen. Durch Verringerung der Bestimmungen für den Ueberbrand ist den Brennereien ziemlich unmöglich gemacht worden, über ihren Durchschnittsschnitt zu brennen. Künftig muß der ganze Ueberbrand vergällt werden und es erhält dafür der Brenner keineswegs die Vergütung für vollständig vergällten Branntwein (jetzt 27 Mk.), sondern nur eine Vergütung in Höhe der durchschnittlichen Belastung des Branntweins im ganzen Reich mit der Betriebsaufgabe (jetzt 7 Mk.).

Zu erwähnen ist noch, daß der zur Herstellung von Speiseessig unter Kontrolle verwendete Branntwein künftig (statt bisher 0) bis zu 20 Mk. Vergütung erhält, und daß als „Kornweingeist“ nur das mindestens 90prozentige reine Kornweingeist, das als Sirich- und Zwetschgenwasser nur reines Destillat verkauft werden darf, ferner daß ein ähnlicher Schutz auch bei Verkauf von Bier- und Branntweinbrennereien besteht.

Nachdem der Branntweinabsatz durch die neue 16 Millionen-Liebesgabe gesichert und eine Konkurrenz durch Ueberbrand nicht mehr in Betracht kommen kann, so kann die Spiritussteuer, — welche heute geschlossener daheißt als je — ihre Preise noch erhöhen und den Großbrennern fließt der fetter in Form der Liebesgabe bezahlte Betriebszuschuß in anderer Form (d. h. durch höhere Preise) zu.

Durch die Novelle vom 14. Juni 1912 hat nun zwar das Reich zur teilweisen Deckung seiner Wehvorlage 15 Millionen herausgeschlagen, und es sind denjenigen norddeutschen Großbrennereien, welche seither kein oder nur ein geringes Kontingent hatten, enorme Gewinne zugeflossen, dafür mußten aber seitens der Steuerpflichtigen nicht nur Steuererhöhungen geordert und Steuern erhöht werden, sondern auch die kleineren und mittleren süddeutschen (ungünstig situierten) Brennereien — denen volkswirtschaftliche Bedeutung doch gewiß nicht in Abrede gestellt werden kann — gegenüber den mächtigen norddeutschen Großbrennern aufs Spiel gesetzt, ferner die Branntweinpreise mindestens 12 Mk. pro Hektoliter erhöht und schließlich der Konsum, d. h. die Allgemeinheit, insbesondere aber das Gewerbe der Destillateure belastet worden.

Auch eine Entwicklung.

Der Arbeitslosenstatistik des Reichsarbeitsblattes entnehmen wir untenstehende Zahlen, die uns schon einen Einblick verschaffen in die Mitgliederbewegung der einzelnen christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912. Von den „christlichen“ Verbänden hatten am 1. Januar Mitglieder:

	1912	1913
Berams- und Steinarbeiterverband	6 841	7 706
Metallarbeiterverband	43 302	42 263
Legierarbeiterverband	40 889	40 158
Lebendarbeiterverband	5 877	5 952
Holzarbeiterverband	16 448	17 459
Tabak- und Zigarrenarbeiterverband	8 080	7 237
Graphisches Gewerbe	1 737	2 174
Güterbergbau	3 102	3 296
Staats- und Gemeindefacharbeiterverband	15 517	18 740
	141 773	145 075

Demnach haben die neun christlichen Verbände, die dem Reichsamt des Innern Arbeitslosen- und Mitgliederzahlenmaterial übermitteln, im Jahre 1912 insgesamt 3202 Mitglieder zugenommen. Mitgliederfortschritte dürften unter den hier nicht aufgeführten christlichen Verbänden höchstens noch die Eisenbahnerorganisation (Süd-Elsfeld), der christliche Maurerverband und die Organisation

der christlichen Heimarbeiterrinnen aufzuweisen haben. Dagegen sind dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, infolge des schmächtlichen Arbeiterberrats im Ruhrbezirk, viele Tausende Mitglieder verloren gegangen. Die Gesamtbewegung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912 ist nicht vorwärts gekommen. Daran ändert der Agitationsbluff des „Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter“ im Saarrevier auch nichts. Hier haben sich im November und Dezember 8000-9000 Bergarbeiter durch den Gewerbeverein kapern lassen, als sie aber den Betrug erkannten, sind sie der christlichen Organisation wieder laufen gegangen. Da aber bekanntlich der Teufel in der Not fliegen fröhlich, so werden die 8-9000 Mitglieder noch im Geschäftsbericht des christlichen Verbandes für das Jahr 1912 mitgerechnet werden. Sonst sähe es doch gar zu erbärmlich mit dem Mitgliederstand der christlichen Gewerkschaften aus.

Man muß sich fast zu Tode wundern über jene Leute, die immer noch glauben, die christlichen Gewerkschaften seien das „sicherste und beste und erfolgreichste Bollwerk“ gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften. In der Zeit, wo die freien Gewerkschaften 6-700 000 Arbeiter aufnahmen, sind die christlichen Gewerkschaften sozulagen stehen geblieben. Trotz aller Hilfe, trotz aller Protektionen! Die deutschen Arbeiter wollen nichts von diesen christlichen Streikbrecherorganisationen wissen. Das ist die Lehre, die sich auch aus obigen Zahlen ergibt.

Deutsche Politik.

Mahnahmen gegen die Fleischsteuerung. Der Plan der Stadt Frankfurt a. M., die Schlachtviehzucht in eigene Regie zu nehmen, ist bis zu einer Vorlage des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung geblieben. In dieser Vorlage hebt der Magistrat die Bedeutung des Viehwirtschafts hervor, die weit über Frankfurt hinausreicht. Fällt er (der Versuch) günstig aus, so kann er für die Fleischversorgung der Bevölkerung von großer Tragweite werden. Fällt er ungünstig aus, so werden diejenigen damit zu rechnen haben, welche der Ansicht sind, daß auf diese Weise die Fleischversorgung der Bevölkerung gefördert oder gar sichergestellt werden kann. Nach dem Projekt stellt der Preis Weterung im Westermahl eine Fettviehweide von 70 Morgen her. Die Stadt Frankfurt a. M. erhält das Recht, im Jahre 1914/20, in den folgenden fünf Jahren jährlich bis zu 40 Stück Vieh anzutreiben. Das Vieh stellt die Stadt, die auch das Risiko für die Tiere trägt. Für den Erfolg des Weidewirtschafts übernimmt der Kreis das Risiko. Er erhält nur für die Tiere, die innerhalb der Weideperiode schlachtreif werden, das auf 30 Mk. pro Stück vereinbarte Weidegeld. Die Weideperiode soll von Frühjahr bis Herbst mindestens 150 Tage umfassen. Die Kosten des gesamten Weidebetriebs trägt der Kreis. Er hat für Personal, tierärztliche Beaufsichtigung, Schutzhütten usw. zu sorgen. Die Bestimmung über die Verwertung des schlachtreifen Viehs steht ausschließlich der Stadt zu.

Ein Frauenseminar für soziale Berufsarbeit. Um für Frauen, die die soziale Arbeit nicht als Nebenbeschäftigung und als Sport treiben, die für erfolgreiches Wirken in der Sozialdemokratie notwendige Vorbildung zu geben, ist in diesen Tagen in Frankfurt a. M. ein Verein „Frauenseminar für soziale Berufsarbeit“ gegründet worden. Der Verein will die Besucherinnen des Seminars ausbilden zur Tätigkeit in: öffentlicher Armenfürsorge, kirchlicher und privater Wohltätigkeit, Trinker- und Tuberkulosefürsorge, Kindererziehung, Waisenspflege, Polizeilicher Kostfunderspflege, Säuglingsfürsorge, Muttererziehung, Schulpflege, Jugendgerichtshilfe, Stellenvermittlung, Berufsberatung, Anstaltswesen, Wohnungsaufsicht, Fabrik- und Gewerbeaufsicht, Polizei- und Gefangenenfürsorge (Polizeiassistentin), Berufsvormundschaft, Fürsorgeerziehung u. a. m. Die Zeit des Studiums soll zwei bis drei Jahre betragen, je nach Vorbildung und Ziel der Schüler.

innen. Es wird also ein „leeres Studium“ werden, das Arbeiterprüflinge sich nicht leisten können, denen auch das jährliche Schulgeld von 300 Mk. unerschwinglich ist. Die andern Aufnahmebedingungen sind auch so gehalten, daß Töchter aus Arbeiterfamilien den Zutritt nicht erlangen können. Es wird im allgemeinen eine Vorbildung gefordert, wie sie das Einjährigengzeugnis für Knaben ausweist. (Erfolgreicher Besuch eines Gymnasiums oder einer neunstufigen Mittelschule.)

Der Schmerzschrei des Reichsverbandes. Dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie muß es sehr elend gehen. Es ist bekannt, daß eine begüterte Dame in Böhmen der österreichischen Sozialdemokratie 150 000 Kr. vermacht hat. Voller Begeisterung nimmt der Reichsverband in Nr. 3 seiner Korrespondenz von dieser betrüblichen Kunde Notiz und preßt sich folgenden Schmerzschrei ab:

„... Außerst selten liest man in den Zeitungen, daß eine Persönlichkeit, die mit Gütern im Ueberfluß ausgestattet war, eine wirklich große Summe für einen nationalpolitischen Zweck vermacht hätte. Damit würde das finanzielle Rückgrat von Organisationen, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie als ihre Hauptaufgabe betrachten, wesentlich gestärkt werden.“

Wir glauben, daß das Geheimnis, warum kein Reichsverband daran denkt, dem Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie 150 000 Mk. zu vermachen, ziemlich leicht zu ergründen ist. Man will sein Geld doch zweckentsprechend verwenden sehen. Daß aber das Unternehmen des Herrn von Liebert und v. Redlich nicht das geringste gegen uns ausgerichtet kann, hat das immense Wachstum unserer Partei seit der etwa zehnjährigen Existenz des Reichsverbandes auch denen offenbart, die für eine erfolgversprechende Bekämpfung der Sozialdemokratie wohl einen Baßen riskieren würden.

Der Segen der Futtermittelzölle. Die Stadt Magdeburg besitzt als Rieselfeldanlage den Gutsbezirk Cörsbelzig. Bei Beratung des Haushaltsplans für Cörsbelzig gab Stadtverordneter Reims in der Stadtverordnetenversammlung folgenden Befand: Er habe bei dem Direktor des Gutsbezirks eine Vergrößerung des Viehbestandes angeregt. Direktor Heitmann habe darauf erwidert: Cörsbelzig wäre wohl in der Lage, mehr Großvieh zu züchten, müsse dann aber Futtermittel einführen. Die Futtermittelzölle verteuerten die Viehhaltung jedoch so, daß das Geschäft dadurch für die Gutsverwaltung wieder unrentabel würde.

Der Gipfel der Rentenquetscherei. Welchen großen Segen die bürgerlichen Parteien der Arbeiterklasse mit der neuen Reichsversicherungsordnung gebracht haben, ist nirgends deutlicher zu sehen als an dem Etat der Landesversicherungsanstalt Schlesien. Auf Grund der höheren Beiträge wurden 8 Millionen Mark mehr eingenommen. Weil keine Rückzahlung an die Frauen Gestorbener und an die Mädchen, die sich verheiratet, mehr erfolgt, wurden an die Mädchen, die sich verheiratet, 8 800 000 Mk. im Einnahme-Konto betrug die Ausgabe für die Witwen und Waisen jährlich nur 120 000 Mk.! Schon der bisherige Ueberfluß der Anstalt betrug bei 15 Millionen Mark Beiträgen jährlich 5-6 Millionen Mark; das Vermögen der Anstalt ist auf 115 Millionen Mark angewachsen. — Aus diesem Rechenvermögen erhalten die schlesischen Magdalen billige Hypotheken für ihre „Arbeiterwohnhäuser“. Das eigene Geld lassen diese Patrioten profitabler in der Industrie arbeiten.

Ausland.

Ungarn. Vorbereitungen zum Generalstreik. Die sozialdemokratische Partei trifft die ernstesten Vorbereitungen für einen politischen Massenstreik, dessen Publikation für die allernächste Zeit erwartet wird. Für heute sind anlässlich des am 6. Februar erfolgenden Zusammentritts des Wahlausschusses im Parlament 41 Versammlungen der Sozialisten des Landes angekündigt.

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant. Von E. Dewitt. (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

„Sie wollen Ihre Arbeiterinnen als Kameradinnen und Freundinnen behandeln, Fräulein Kennedy!“ rief Kapitän Sorenson aus. „Das wird schwer geben. Wenn Herr Bunker Sie hörte, würde er Ihnen klipp und klar beweisen, daß man mit solchen Arbeitsmethoden in Whitechapel nicht weit kommt. Hier heißt es, wie Herr Bunker zu sagen pflegt, entweder — oder. Man nimmt entweder die Arbeiter oder man nimmt sie nicht, und dann sind Tausende da, die sie nur zu freudig nehmen. Aber es ist sehr gut von Ihnen, den Versuch zu unternehmen, und ich bin überzeugt, daß Sie nicht scheitern und zur Arbeit antreiben werden, wie die meisten Arbeitgeber.“

„Sie haben, wie ich höre, Herrn Bunker beleidigt“, bemerkte Angela, „indem Sie eine Ihrer Töchter von ihm angebotene Stelle ablehnten.“

„Ja, das stimmt, und Gott allein weiß, ob ich recht handelte. Wir würden nicht hier sein, wenn wir nicht so schnell arm wären. Aber mein Blut kochte, als ich von dem Charakter des Mannes hörte, für den meine Nelly arbeiten sollte. Nein, ich konnte sie nicht gehen lassen. Sie ist alles, was ich auf der Welt besitze, Fräulein Kennedy“, der alte Mann zog seine Tochter zu sich und legte seinen Arm um sie, „und wenn Sie sie annehmen und gut behandeln wollen, so wird ein alter Mann, der nicht mehr lange zu leben hat, Sie täglich in sein Gebet einschließen.“

„Sie dürfen mir Ihre Tochter ruhig anvertrauen, Kapitän Sorenson“, sprach Angela mit Tränen in den Augen.

„Hier ist jedermann arm“, fuhr er fort, „und daher hartberzig. Ein jeder macht dem anderen Konkurrenz und sucht ihn zu unterbieten, und jeder greift in diesem Kampf zu schmutzigen Mitteln, zu Arglist und Betrug. Am schlechtesten haben es die Arbeiterinnen, weil sie sich nicht zu wehren vermögen. Lange Stunden, ungenügende Nahrung, schlechte Luft. O, seien Sie gut zu Ihren Arbeiterinnen, Fräulein Kennedy — aber Sie sind es, Sie werden es sein.“

„Ja, ich will es sein, Kapitän Sorenson.“

„Uns alten Seelente erscheint eine solche Existenz besonders schrecklich“, fuhr er fort. „Wir haben es auch nicht leicht gehabt, aber wir lebten doch stets in der freien Luft. Wir alten Seelente hatten es nicht nötig, unseren Lebensunterhalt durch Lug und Trug zu erwerben, und bei unserem Leben auf der See hielten wir es nicht für möglich, daß Mädchen gezwungen werden könnten, eine Tagesarbeit von 16 Stunden zu einem Stundenlohn von zwei Pence (16 Pf.) zu leisten. Wenn ich an mein armes Kind denke, so steigt der Jörn in mir auf und — er unterbrach sich und erob die geballte Faust, „lieber verhungern, als sich derart ausbeuten lassen.“ Er dachte in diesem Augenblick wohl an die Stelle, die er für Nelly abgelehnt hatte.

„Wollen wir es miteinander versuchen, Nelly?“ Angela küßte das Mädchen auf die Stirn.

Der Kapitän gab ihr das Geleit bis an das Tor. Als sie ihm die Hand bot, sah sie, daß ihm Tränen in den Augen standen.

An demselben Abend verpflichtete Angela auch noch ein zweites junges Mädchen als Vorarbeiterin. Sie befand sich nach dem Essen in Begleitung Harrys auf einem Rundgang um die nahen Anlagen, als sie Bunker durch die Menge der Spaziergänger auf sie zukommen sah.

„Ich suchte Sie schon bei Frau Bornaad“, redete er sie vortwursvoll an, „und muß sie hier antreffen, und zwar wie immer, in der Gesellschaft dieses jungen Burischen. Als ob meine Zeit für Sie keinen Wert besäße!“

„Was haben Sie gegen die Gesellschaft dieses jungen Mannes einzuwenden, Herr Bunker?“ fragte Angela.

Ohne auf die Frage zu hören, fuhr er fort, dabei auf ein Mädchen an seiner Seite deutend:

„Hier ist sie, Fräulein Kennedy — Rebekka Hermitage. Ich habe sie gleich mitgebracht, um jedem Irrtum vorzubeugen; Sie können sie auf meine Empfehlung nehmen. In ganz Stepney ist meine Empfehlung so gut wie Gold, und sie genügt jedem Arbeitgeber.“

Er wandte sich zu dem Mädchen, das mit ihm gekommen war.

„Rebekka“, sprach er herablassend, „Sie mögen jetzt ihr Herz ausschütten. Ich versprach Ihrem Vater, Ihnen beizustehen, und ich halte stets mein Wort.“

„Sparen Sie sich nur Ihre Mühe, Herr Bunker“, versuchte Angela ihn zurückzuweisen. „Fräulein Rebekka Hermitage ist durchaus nicht auf Ihren Bestand angewiesen.“ Angela erblickte vor sich ein Mädchen, das ungefähr zwei- oder dreißigjährig Jahre alt, und von kleiner, kräftiger Gestalt war. Sie hatte dunkles Haar, dunkle, lebhaft Augen und einen brünetten Teint. Ein fester Zug um den Mund und ein energisches Kinn verliehen ihr ein kampflustiges Aussehen. Und in der Tat hatte sie schon mehr zu kämpfen gehabt, als die meisten Mädchen ihres Alters, da ihre Zueignung zu der Seite ihres Vaters ihr außerordentliche Schwierigkeiten bereite.

„Herr Bunker“, begann die junge Person, die sicherlich nicht so aussah, als ob sie eines Fürsprechers bedürfte, „hat mir mitgeteilt, daß Sie eine Vorarbeiterin suchen.“

„Wir suchen eine Vorarbeiterin“, wiederholte der Agent, als ob er ihre Worte zu verdorfmessen habe.

„Das stimmt“, bestätigte Angela. „Doch sprechen wir von Ihnen. Ihr religiöser Standpunkt ist mir, wie ich gleich sagen will, schon bekannt.“

Ihr religiöser Standpunkt ist ihr bereits bekannt“, wiederholte der Agent, der sich zwischen sie gedrängt hatte und den Eindruck eines Anwalts machte, der im Dienste beider Parteien steht.

„Dann kann ich also nur erklären“, sprach das Mädchen und sah ein wenig enttäuscht aus, daß ihr eine so kostbare Gelegenheit, ein neues Mitglied für ihre Sekte zu werben, entgangen war, „daß ich meiner Ueberzeugung immer treu bleiben und im Punkte der Wahrheit niemals nachgeben werde.“

„Im Punkte der Wahrheit wird sie niemals nachgeben“, beteuerte der Agent.

„Ich werde ihr nichts zumuten, was gegen ihre Ueberzeugung und der Sache der Wahrheit verstoßen würde“, sprach Angela, der die Gegenwart des aufdringlichen Bunker stark auf die Nerven zu fallen begann.

„Sie wird Ihnen nichts derartiges zumuten“, echote es aus Herrn Bunkers Munde. „Habe ich es Ihnen nicht gleich gesagt? Jetzt erkennen Sie wohl, was meine Empfehlungen wert sind.“

(Fortsetzung folgt.)

England.

Die Boden- und Wohnungsreformpolitik Lloyd Georges. Lloyd George hielt kürzlich als Gast des liberalen Clubs eine Rede, die als Eröffnung seiner Kampagne zur Bodenreform angesehen wird. Er erklärte es für eine der wichtigsten Aufgaben, die der Liberalismus in der nächsten Zukunft hätte, die Befreiung des Landes von der lähmenden Fessel eines veralteten Systems. Hunderttausende, wenn nicht Millionen Menschen lebten in ländlichen Bezirken unter Wohnungsverhältnissen und Löhnen, die das britische Reich mit Scham erfüllen müßten. Das herrschende System habe das Volk vom Lande in den Schlamm der Städte getrieben, in den Städten litten die Arbeiter, Kaufleute, Industriellen und Angehörigen der freien Berufe unter dem Grund- und Bodenmonopol. Das Land sollte zweimal so viel Arbeitsgelegenheit bei höheren Löhnen und besseren Wohnungsverhältnissen haben. Das Heilmittel läge nicht darin, die Lebensmittel mit Zöllen zu belegen oder neue Steuern einzuführen. Lloyd George erklärte, nicht ruhen zu wollen, bis er wenigstens eine Diskussion des Problems erzwungen habe; er beabsichtige eine sofortige mutige Grund- und Bodenpolitik.

Amerika.

Verlängerung der Amtsdauer des Präsidenten. Der Senat hat mit Zweidrittelmajorität eine Resolution angenommen, in der befohlen wird, die Amtsdauer des Präsidenten auf sechs Jahre zu verlängern, eine Wiederwahl jedoch auszuschließen. Während der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß diese Maßregel sich gegen etwaige Bestrebungen Roosevelts nach einer dritten Präsidentschaft richtet. Die Resolution geht jetzt an das Repräsentantenhaus.

Die Einwanderung — eine Qualitätsauslese. Die Gesetzesvorlage über die Einwanderung, die eine Bestimmung über ein Mindestmaß an Schulbildung enthält, ist dem Senat angenommen worden und geht jetzt an den Präsidenten Laft zur Unterschrift.

China.

Die Sechsmächte-Anleihe ist nunmehr zum Abschluß gekommen. Die Anleihe beträgt 25 Millionen Pfund Sterling (gleich 500 Millionen Mark). Die Darlehen werden 5% prozentig Goldbonds ausgeben. Der Anleihebetrag soll ausschließlich für folgende Zwecke verwendet werden: Erfüllung der Verbindlichkeiten der Zentralregierung, Rückkauf der ausstehenden Provinzialanleihen, Bezahlung der Entschädigung für Verluste während der Revolution, Rückkauf eines bestimmten Betrages der Noten der Zentralregierung und der Provinzen, Zahlung der laufenden Verwaltungsaufgaben und für die Reorganisation der Verwaltung der Schulzölle. Die Darlehensgruppe verpflichtet sich, 10 Millionen Pfund Sterling sofort vorzutreten. Die Anleihe läuft 50 Jahre. China hat das Recht, sie nach sechsmonatlicher Kündigung al pari zu konvertieren und zurückzukaufen. Der Rückkauf der Anleihe beginnt nach 15 Jahren. Der Lebernahmepreis beträgt 6 Prozent unter dem Nominalwert der Schuldscheine, die in London nicht unter 90% Prozent und in Paris nicht unter 97% Prozent ausgegeben werden können. Der Däne Olsen wurde zum 2. Generalinspektor der Salzsteuer und der Deutsche Romp zum Superintendant der chinesischen Regimentskammer ernannt und bestätigt.

Badische Politik.

Wer spricht das erste Wort.

Unter diesem Stichwort brachte die nationalliberale „Konst. Zeitung“ einen Artikel über die Landtagswahlaktive. Darin heißt es zum Schluß:

„Man darf doch annehmen, daß jede der interessierten Parteien sich des Ernstes der Lage und nicht zuletzt des endlichen Siegespreises bewußt ist, der denen winkt, die fest und treu zusammenstehen. Rechnete doch neulich eine ernst zu nehmende Zeitung aus, daß ein enges Zusammenhalten der liberalen Kräfte des Zentrums auf Jahreshöhe hinaus in den Hintergrund stellte, was den wilden Eifer erklärt, mit dem das Zentrum den Großblock bekämpft. Ebenso muß sich doch auch jede der Parteien bewußt sein, daß ein solches Zusammenarbeiten nicht anders möglich ist, als durch Verständigung, gegenseitiges sich Anpassen und wenn notwendig auch durch Opfer. Solche Opfer und Nachgiebigkeiten sollten doch den großen Gedanken nicht ernstlich gefährden! Man bedenke, welche Opfer die einzelnen Bundesstaaten bei Gründung des Reiches sich auferlegen mußten und wie haben sich diese Opfer gelohnt? Doch davon soll ja heute noch gar nicht die Rede sein. Heute handelt es sich nur darum, anzuregen, es müßte, diesem Zustand des Zweifels so bald als möglich ein Ende bereitet werden, damit die Quertreibereien von allen Seiten von selbst aufhören und in sich zusammenfallen müssen.“

Die Zentrumsprelle ist von der Erörterung der Frage des Großblocks im ersten Wahlgang natürlich sehr unangenehm berührt. Es ist purer Galgenhumor, wenn der „Bad. Beobachter“ schreibt:

„Wenn man diese Stimmen zusammenhäuft, dann wird man nicht zu viel sagen, wenn man der Ueberzeugung Ausdruck gibt: Trotz aller Schwierigkeiten wird man alles tun, um den Großblock im ersten Wahlgang zustande zu bringen. Und wenn es niemand zustande bringt, dann bringt es die Angst, die bloße Angst, vor der Waderaktive zustande. Denn vor dieser Taktik haben alle Notwendigkeiten Angst. Daraus machen sie gar kein Geiß.“

Die Angst ist ganz beim Zentrum. Man weiß dort, was diesmal auf dem Spiele steht. Daher auch die Verweigerungstaktik Waders, der entgegen seiner sonstigen Gewohnheit zu früh sein sauberes Pländchen aufdeckte.

Stimm!

In einer Besprechung der Taktik des Zentrums schreibt die „Neue Bad. Landeszeitung“:

„Aber das Zentrum hat noch mehr Eisen im Feuer. Es zeigt auch hier wieder den hervorragend demagogischen Charakter seiner Methode. In derselben Zeit, in welches es Stimmlist und Stille in der katholischen Bevölkerung wegen der Jesuiten in Bewegung setzt und an diese Frage das Heil der katholischen Volksseele bindet, erhebt es Arm in Arm mit den Konfessionen, die als Protestanten draußen im Land natürlich gegen die Jesuiten so gut sündigen wie die Liberalen. Trotzdem fällt es dem Zentrum nicht im geringsten ein deswegen von den Konfessionen abzurufen. Es zündet die Flamme der stärksten Leidenschaften im katholischen Volk wegen der Jesuiten an und unterhütet im gleichen Atem eine Partei, die ohne seine Hilfe überhaupt nicht zu bestehen vermöchte, durch ausgiebige Wahlhilfe, obwohl dieselbe ihm in derselben Frage entgegen ist, in der es Feuer und Schwefel über seine andern Gegner herunterholt!“

„Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht“ bringt das Zentrum alles fertig.

Ein beachtenswertes Urteil.

Die Frage der Abänderung von beim Verhältniswahlverfahren abgegebenen Stimmzetteln gegenüber dem Wahlvorschlag bildete Gegenstand einer verwaltungsgerichtlichen Klage, in welcher der Verwaltungs-

gerichtshof folgende Entscheidung traf: Nicht jeder geringfügige Unterschied zwischen Wahlvorschlag und Stimmzettel stellt eine Abänderung des ersteren dar. Inwiefern solchen Unterschieden feinerlei Bedeutung beizulegen ist, kommt auf die Umstände des besonderen Falles an. In der fraglichen Gemeinde besteht die Einrichtung, daß zur Unterscheidung gleichnamiger Ortseinwohner jeder Bürger, der mit einem andern den gleichen Namen trägt, beim Antrag in das Bürgerbuch eine Ziffer erhält, die er seinem Namen beizulegen hat und bis zu seinem Tode behält. Auf der Wahlvorschlagsliste zur Bürgerauswahlwahl war ein Vorgeklagener mit der ihm hiernach beigelegten Ziffer II bezeichnet, auf den Stimmzetteln dagegen ist bei diesem Namen die Unterscheidungsnummer II weggelassen worden. Der auf den Stimmzetteln Vorgeklagene war hiernach nicht zu bezeichnen, daß er nicht mit dem andern gleichnamigen in der Gemeinde verwechselt werden konnte (§ 8 Absatz 4 der Gemeindevahlordnung). Es lag eine Abänderung dieser Stimmzettel gegenüber der Wahlvorschlagsliste vor (§ 12 Absatz 3 Ziffer 2 der Gemeindevahlordnung); die Stimmzettel waren daher für ungültig zu erklären.

Der nationalliberale Parteisekretär, Herr Schwarz, der an Stelle des Herrn Thornebeck auf diesen Posten berufen wurde, hat am 1. Februar sein Amt angetreten.

Personalien. Der Vorstand der Eisenbahnhauptkasse, Regierungsrat Armbruster, wurde zum Kollegialmitglied der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, und der Vorstand der Verkehrsbehörde II der Eisenbahnerverwaltung, Regierungsrat Ras, zum Vorstand der Eisenbahnhauptkasse ernannt.

Großh. Landesgewerbeamt.

Kürzlich fand im großen Sitzungssaal des Ministeriums des Innern eine Sitzung des Landesgewerbeamts unter Vorsitz des Direktors des Landesgewerbeamts, Geh. Regierungsrat Dr. Cron, statt, der seitens des Ministeriums des Innern Ministerialrat Dr. Schneider anwohnte.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde der Entwurf einer landesherrlichen Verordnung, die gewerblichen Fortbildungsschulen betr., durchberaten, welcher im wesentlichen den für die Gewerbeämter maßgebenden Bestimmungen folgt unter Berücksichtigung der durch die einfacheren Verhältnisse der Schulorte und der Schulen selbst gebotenen Umstände.

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Abänderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung der Handelslehrer, die sich angeht die bei den Prüfungen der Handelslehrer gemachten Erfahrungen als notwendig erweisen hat. Insbesondere hat sich, wie der Vorsitzende in seinem einleitenden Vortrag ausführte, gezeigt, daß die bei der Einweisung der Bewerber für den Besuch einer zur Ausbildung von Handelslehrern bestimmten Lehranstalt (in der Regel einer Handelshochschule) als genügend erachtete Zeit von zwei Jahren zur Erlangung der für den Handelslehrer erforderlichen umfassenden und vertieften Kenntnisse nicht ausreicht. Ferner erweise sich mit Rücksicht auf die besonders in den Handelshochschulen der größeren Städte gestellten und berechtigten Ansprüche auf Erteilung eines einwandfreien Unterrichts in Fremdsprachen eine Trennung der Kandidaten in zwei Kategorien, in eine solche für Erteilung von Handelsunterricht im allgemeinen und eine solche für Erteilung dieses Unterrichts unter besonderer Berücksichtigung der Fremdsprachen, angezeigt. Der Entwurf dieser Verordnung, der auch im übrigen eine sehr eingehende Beratung unterzogen wurde, soll zunächst noch den Landeslehrern der größeren Städte des Landes zur Begutachtung mitgeteilt werden.

Der dritte Punkt der Tagesordnung betraf die Frage der Erteilung von Haushaltungsunterricht an Handels- und Gewerbelehrlingen. In dieser Hinsicht schreibt § 5 Absatz 2 der landesherrlichen Verordnung vom 20. Juli 1907, die Handelsschulen und die Gewerbeschulen betr., daß Schülerinnen auch Unterweisung in Haushaltungsarbeiten unter entsprechender Führung ihres sonstigen Schulunterrichts zu erteilen ist. Wegen der Durchführung dieser Vorschriften insofern, als sie Unterweisung in Haushaltungsarbeiten zum Pflichtunterricht macht, sind Bedenken hauptsächlich in der Richtung zutage getreten, daß die Mischung des Gewerbe- und Haushaltungsunterrichts zugunsten des Haushaltungsunterrichts die Durchführung des Lehrplans sehr erschwere, wenn nicht unmöglich mache, sowie daß die derzeitige Fassung der Vorschriften die gebotene Berücksichtigung der besonderen Schul- und örtlichen Verhältnisse nicht gestatte. Der Landesgewerbeamt hat sich diesen Bedenken insofern nicht verschlossen, als er übereinstimmend eine Abänderung der genannten Vorschriften für wünschenswert erklärte, welche den örtlichen Schulbehörden gestattet, über diese Frage nach eigenem Ermessen zu befinden.

Die Besprechung einer Verordnung der Ferien an den Gewerbe- und Handelsschulen, worüber zunächst noch weitere Erhebungen erforderlich sind, bildete den Schluß der Sitzung.

Soziale Rundschau.

Der Geschäftsgang bei unseren Versicherungsbehörden läßt manchmal alles zu wünschen übrig. Wehe dem armen Teufel, der auf eine Unfall- oder Invalidenrente oder auf die Erledigung einer Streitigkeit mit einer Krankenkasse warten muß; er kann Hungers sterben, ehe er zu seinem Recht kommt. Wir wollen aus dem Uebermaß von Beispielen für das Schreckentempo in der Erledigung der Versicherungssachen heute nur eines herausgreifen. Gintin in Unterharmersbach ist eine arme Witwe, deren Mann im Juli v. J. starb. Im August meldete die Frau beim Bürgermeister den Anspruch auf Gewährung der Witwenrente an. Fast ein halbes Jahr ist seitdem verstrichen, ohne daß die Witwe bis heute erfahren konnte, ob ihr Anspruch anerkannt worden ist oder nicht. Vor ca. 14 Tagen wandte sich die Frau an das Kreisversicherungsamt. Auf eine Anfrage bei der Landesversicherungsanstalt kommt von dieser die Antwort, daß der Antrag der Witwe der Landesversicherungsanstalt nicht vorliege, die Akten seien noch beim Bezirksamt Offenburg. Nun ist auch dieses vom Arbeitersekretariat um Erledigung der Sache angegangen. Wie lange wird es nun wohl noch dauern, bis die Akten endlich den Weg nach Karlsruhe finden? Um festzustellen, ob eine Witwe berechtigt ist, Anspruch auf Witwenrente zu erheben oder nicht, braucht man u. E. keine sechs Wochen. Wenn das aber schon bald sechs Monate dauert, so ist das ein Zustand, gegen den das Gr. Ministerium mit aller Entschiedenheit vorgehen sollte.

Mannheim, 2. Febr. Sonntagsruhe im Metzgergewerbe. Die hiesige Fleischerinnung macht bekannt, daß künftig nach einer Anordnung des Gr. Bezirksamts die Metzgerläden an Sonn- und Feiertagen nur bis 11 Uhr vormittags offen gehalten werden dürfen.

Forzheim, 3. Febr. Der Milchkrieg, welcher kurz vor Weihnachten im Auge war, dann aber glücklich verblieben wurde, droht nun auf Anfang nächsten Monats auszubrechen. Eine Mitte Januar in Ragold abgehaltene Versammlung der Milchlieferanten hat beschlossen, auf 1. März den Milchpreis um 1 Pf. für das Liter zu erhöhen und, falls die Milchhändler

Widerstand leisten, die Milchlieferung nach Forzheim einzustellen. Am Samstag fand hier eine Sitzung der Milchlieferanten statt, zu der der Ausschuß der Milchhändlervereins eingeladen war. Die Versammlung führte zu keinem Ergebnis. Die Milchhändler erklärten, daß sie eine Kündigung vom Lieferantenverein nicht annehmen würden, da diese zu einer Kündigung nicht berechtigt sei. Die Lieferanten wollen nun die Kündigung auf 1. März dadurch erreichen, daß sie, wenn der Preisausschlag nicht zugestanden wird, einzeln kündigen.

Aus der Partei.

Forzheim, 4. Febr. Genosse Konrad Kastetter ist gestern Nacht gestorben. Derselbe ist im schönsten Mannesalter, 30 Jahre alt, von der Proletarierkrankheit dahingerafft worden. Die Beerdigung findet heute Mittwoch nachmittags 1/5 Uhr statt. Wir bitten die Parteigenossen und die diesbezüglichen Mitglieder der Sportsvereine, sich zahlreich an der Trauerfeier zu beteiligen. In dem Verstorbenen verlieren wir einen braven Parteigenossen und werden sein Andenken in Ehren halten.

Kommunalpolitik.

Bürgerauswahlprüfung in Freiburg. Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Bürgerauswahlprüfungsausschusses stand als erster Punkt die Umgestaltung des städtischen Rieselgutes. Bevor die Beratungen hierüber begonnen wurden, ergriff Oberbürgermeister Dr. Winterer das Wort, um die in einer anonymen Broschüre, betitelt „Klauberereien über Freiburgs Finanzwirtschaft“, gegen die städtische Verwaltung gerichteten Vorwürfe zurückzuweisen. Mit hervorragender Sachkenntnis verteidigte der Oberbürgermeister die bisherige Finanzpolitik der Stadt. Zahlenmäßig wies er nach, daß Soll und Haben im städtischen Haushalt sich in durchaus gesunden Normen bewegen. Der Herausgeber der Broschüre habe in gänzlicher Verkennung der tatsächlichen Gesetzmäßigkeit und der bei den Städten üblichen Praxis gehandelt. Ihm sekundierte der Obmann des geschäftsleitenden Vorstandes, Stadtb. Kopf, welcher bemerkte, der Verfasser habe sich großer Uebertreibungen schuldig gemacht. Er beantragte, zur Tagesordnung überzugehen. (Lebhaftes Bravo!) Hierauf gelangte das Rieselgut-Projekt zur Erörterung. Die bisherige ungenügende Rentabilität sollte mit einem Aufwand von 275 000 M. nach den Plänen des Stadtrats durch eine ausgedehnte Milchviehwirtschaft und der dadurch bedingten ausweidenden Viehhaltung (etwa 90 Kühe) gehoben werden. Im Gegensatz hierzu verlangte der geschäftsleitende Vorstand in seiner Mehrheit die zum Rieselgut gehörigen Wiesen parzellenweise zu verpachten; falls die Verpachtung sich nicht als lohnend erweise, sei es immer noch Zeit, den Betrieb in eigene Regie zu übernehmen. Dieser Antrag wurde nach mehrstündiger Debatte mit 51 gegen 44 Stimmen angenommen. — Weiter erwiderte der Bürgerauswahlprüfungsausschuss einige kleinere Vorlagen. Genehmigt wurden der Verkauf von Gelände an der Burgunderstraße, sowie bauliche Veränderungen im Realgymnasium. Einstimmig beschloß man auch, in dem seit 25 Jahren eingemeindeten Vorort Haslach die Kanalisation einzuführen. Dagegen verhielt sich das Stadtparlament in seiner Mehrheit gegenüber einer Vorlage ablehnend, die 25 000 M. zum Ankauf von Gelände am Schloßberg forderte.

Der Bürgerauswahlprüfungsausschuss genehmigte in seiner letzten Sitzung verschiedene Um- bzw. Erweiterungsarbeiten im Schlachthof mit einem Kostenaufwand von 100 000 M., ebenso die Erweiterung und Verlängerung der Wasserleitung bis zur Gemeinde Weiersheim. Ferner stimmte der Bürgerauswahlprüfungsausschuss der Anstellung eines Stadtgeometers mit einem Anfangsgehalt von 3000 M., steigend bis zum Höchstgehalt von 5700 M., zu und ebenso der Schaffung zweier neuer Hauptlehrerstellen.

Der Bürgerauswahlprüfungsausschuss der Gemeinde Sulzbach bei Weinsheim hat die Versorgung der Gemeinde mit elektrischem Licht genehmigt und beschlossen, mit der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft in Mannheim einen Stromlieferungsvertrag abzuschließen.

Der Bürgerauswahlprüfungsausschuss von Schopfheim genehmigte in seiner Sitzung vom letzten Freitag einstimmig die Vorlage betr. den Neubau eines städtischen Krankenhauses mit einem Aufwand von 360 000 M.

Notstandsarbeiten. Da der Winter hart etzgefekt hat, tritt an die Gemeindeverwaltung wieder die Pflicht, Maßnahmen gegen etwa vorhandene oder eintretende Not zu treffen. In Mainz bewilligten die Stadtverordneten 10 000 M., um Notstandsarbeiten vorzunehmen lassen zu können.

Ein Konkurrenzkauf zwischen Berliner Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und Mannheimer Rhein. Schudertgesellschaft wurde am 26. Januar im Stadtrat zu Weidenrieden ausgehandelt. Vom Stadtrat Weidenrieden waren die 12 größeren Firmen der deutschen Elektrizitätsindustrie aufgefordert worden, Angebote für die zu etwa 300 000 M. veranschlagte Aabelstellung einzureichen; der größte Teil dieser Firmen kam der Aufforderung auch nach. Die Berliner und die Mannheimer Firmen waren in der Stadtratssitzung durch eigene entfaltete Ingenieure vertreten. Die Berliner Firma hatte ein Angebot eingereicht im Betrage von 300 000 M., in welcher Summe sämtliche Arbeiten (Niederspannungs- und Hochspannungskabel, Erdarbeiten, Transformatorvorfälle und 400 Hausanschlüsse) inbegriffen sind. Die Mannheimer Firma, die Erbauerin der pfälzischen Ueberlandzentrale ist, forderte für dieselben Arbeiten 326 300 M.; nachträglich, als der Schlusstermin zur Einreichung der Offerten abgelaufen war, erbot sie sich, auf ihre Aabelpreise 4 Prozent Abzug gewähren zu wollen, womit ihr Gesamtangebot auf rund 319 300 M. sank. Während der Beratung ließ nunmehr ein Telegramm der Berliner Allgem. Elektrizitätsgesellschaft ein, in dem die Schudertgesellschaft der Umgehung der Bestimmungen des Aabelartikels beschuldigt wurde, um einen Konkurrenzanten auszuschalten. Das Telegramm hatte folgenden Wortlaut: „Nachdem Schudertgesellschaft trotz Vorwissen des Aabelartikels billiger angeboten, ermächtigt Kartell uns, zu gleichen Bedingungen zu liefern. Allgemeine Berliner.“ Damit sank das Angebot der Berliner auf 295 000 M., sodas sie noch immer die billigste blieb. Daraufhin überreichte Oberingenieur Güntler der Rheinischen Schudertwerke dem Bürgermeister folgendes Schreiben: „Das Telegramm entspricht nicht unseren Abmachungen mit dem Aabelartikell, wir waren entsprechend einem besonderen Vertrag mit dem Kartell berechtigt, so zu liefern, wie angeboten. Das Telegramm ist nichts als ein Nachgebot; irgend eine Verletzung unsererseits hat nicht stattgefunden. Schudertgesellschaft. Nach Bekanntgabe dieses Schreibens richtete der ebenfalls anwesende Oberingenieur Edmund der Allgem. Elektrizitätsgesellschaft Berlin folgende Zuschrift an den Bürgermeister: „Bezüglich des Schreibens Güntler ist zu erklären, daß der Name der Allgem. Elektrizitätsgesellschaft für die Richtigkeit ihres Telegramms bürgt.“ — In der Erörterung über diese Entscheidung wurde betont, daß es für die Schudertgesellschaft von bestem Eindruck gewesen wäre, wenn sie ihre Preise sofort außerst gestellt hätte; wenn Schudert einen Kartell angehöre, müßte er auch die Pflicht und das Ehrgefühl haben, dessen Abmachungen zu halten. — Um trotz ihrer Anforderungen den Zuschlag zu erhalten, ließ die Schudertgesellschaft noch die Freilieferung des Aabels nach einem anderen Vorort in Aussicht stellen. Der Stadtrat beschloß jedoch einstimmig, der Allgem. Elektrizitätsgesellschaft Berlin die Arbeiten zum Preise von 295 000 M. zu übertragen.

Bürgerauschussführung in Unterrombach. Die Mitglieder des Bürgerauschusses sind heute nachmittag zu einer Sitzung eingeladen. Es dürfte dies die letzte Bürgerauschussführung vor unserer Bürgermeister-Neuwahl sein. Das Zentrum hat auch diesmal wieder Sorge dafür getragen, daß das Interesse an der Bürgerauschussführung wach geblieben ist. Hier gilt das Sprüchwort von dem Saal, der nicht voll werden will, noch mehr, als irgendwo anders. Zur letzten Sitzung lag ein Antrag des kath. Kirchenrats an den Gemeinderat vor, worin verlangt wird, daß der St. Wendelins-Platz der Kirche geschenkt werden solle. Der St. Wendelins-Platz ist ein kleiner Platz, der mitten im zirka 200 Morgen großen Gemeindegut liegt und bis jetzt noch keinen Menschen außer dem derzeitigen kath. Kirchenrat gebührt hat. Auf diesem kleinen Platz steht das Grabdenkmal eines fremden Schäfers, der vor mehr als 100 Jahren vom Witze auf diesem Platz erschlagen wurde. Dem Kirchenrat ist nun dieser Platz nicht mehr schon genug und er will denselben herrichten lassen, aber nur dann, wenn er den Platz von der Gemeinde zum Geschenk erhält. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bürgerauschusses haben energisch Protest gegen diese Annahme eingelegt, mit dem Bemerkten, daß wir absolut nichts zum Verschönen haben und daß die Kirchengemeinde doch auch keine Freunde des Schenkens sei. Vor nicht sehr langer Zeit hat man der Kirche einen sehr großen Platz geschenkt und als jetzt die Gemeinde einen kleinen Teil braucht, hat sie denselben verschonten zu rufen müssen. So sieht die Schenkerei bei den Merkmalen aus. Auch an die Ausschmückung des Wendelins-Platzes durch die Kirchengemeinde haben wir alle Veranlassung nicht zu glauben. Wer hat die Michaelskapelle herrichten lassen? Ist das Geld etwa von Freiburg gekommen, oder vom hiesigen Städtischen Rat? Und der Michaelsberg gehört doch der Kurie in Freiburg. — Wir halten es entschieden auch nicht am Platze, daß der hiesige Gemeinderat, ohne darüber auch nur ein Wort in der Bürgerauschussführung zu verlieren, dem Herrn Pfarrer auf seine Bitte hin, 200 Mk. zur Herrichtung des Weges zum Michaelsberg aus dem Michaelsberg und zur Michaelskapelle schenke. Solange der Gemeinderat diese 200 Mk. nicht aus seiner eigenen Tasche bezahlt, ist er der Gemeinde Rechenschaft darüber schuldig und die er bis heute über schuldig geblieben ist. Wenn der Weg auf den Michaelsberg nicht mehr gut genug ist, der soll ihn eben ändern lassen, aber auf keinen Fall mit unserem Geld. Daß der Weg nicht gar so schlimm ist, können Leute bezeugen, die denselben häufig des Nachts und dazu noch schwer beladen gehen müssen! — Auf der Tagesordnung zur Bürgerauschussführung steht es weiter als Punkt 3: „Beitrag zur Erbauung einer Kinderschule“. Der hiesige St. Elisabeth-Frauenverein, dem fast alle Familien der Gemeinde angehören, hat vor einigen Jahren ein Haus gekauft und hat dasselbe als Kinderschule und als Schreinerwerkstatt umbauen lassen. Dies Haus hat jetzt 15 000 Mk. gekostet und hat der Frauenverein an diesen 15 000 Mk. jetzt 10 000 Mk. abbezahlt. Dieses Haus, das also 5 000 Mk. mehr wert ist, als es belastet ist, gehört nun aber gar nicht dem hiesigen Frauenverein, der es bezahlt hat, sondern als Eigentümer ist im Grundbuch die Kurie in Freiburg eingetragen. Der Frauenverein kann also das Haus gar nicht verkaufen, wenn dies die Freiburger nicht haben wollen und wie es mit der Schenkerei dieser Leute bestellt ist, haben wir ja schon gesehen. Trotzdem der hiesige Gemeinderat genau weiß, wozu der Kurs geht und wer immer letzten Endes den Vorteil hat, hat er bereits dem Herrn Pfarrer hier schwarz auf weiß versprochen, daß die Gemeinde einen Bauplatz zur Kinderschule für 3000 Mk. kauft, um denselben dem St. Elisabethenverein zu schenken. Diese Schenkung liegt nun dem Bürgerauschuss zur Beratung vor. — Will nun der Bürgerauschuss zugeben, daß der Gemeinderat weitere 3000 Mk. der Kurie zuzuschicken? — Wir haben doch wirklich nichts zum Verschönen. Wenn die Gemeinde die Auflage erhalten hat, eine Kinderschule zu bauen, so soll sie dieselbe doch selbst bauen und wenn der St. Elisabethenverein die Verwaltung der Kinderschule haben will, so soll er eben das Gebäude mieten; die Einnahmen aus der Kinderschule sind viel größer, als zur Deckung des Mietzinses notwendig ist. Wir meinen, dieser Weg wäre doch der richtige. Wenn man all diese Geschichten aus der letzten Zeit betrachtet, so sieht es fast aus, als ob sich unser Bürgermeister beim Zentrum lieb sind machen möchte, um auch bei der baldigen Wahl dessen Stimmen zu erhalten. Wer hüten Sie sich vor dem Dank des Zentrums, Herr Bürgermeister, wir haben hier schon Gelegenheit gehabt zu sehen, wie das Zentrum dankt. Wie heute die Dinge liegen, kann es der Sozialdemokratie ganz egal sein, ob ein richtiger Schwarzer oder kein ganz richtiger Schwarzer Bürgermeister wird, der Wind kommt für beide aus demselben Haus. Für uns heißt es aber auf der Hut sein, unseren Mann zu stellen und wenn es gilt, zu zeigen, daß wir auch da sind.

Gewerkschaftliches.

Auf der Rheinischen Maschinen- und Metallwaren-Fabrik Ehrhardt in Düsseldorf sind die Arbeiter in eine Bewegung zwecks Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit eingetreten. Die Firma hat nicht nur ein Entgegenkommen abgelehnt, sondern weigert sich auch, mit der von den Arbeitern gewählten Kommission zu verhandeln. Von den beteiligten Arbeiterorganisationen ist beschlossen worden, den Betrieb vorläufig zu sperren. Auch sollen die Ueberstunden verweigert werden. Die Firma ist mit Aufträgen, hauptsächlich für die Balkanstaaten, überhäuft. Wenn der Bezug ferngehalten wird, muß die Firma den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Die Tarifverhandlungen im Holzgewerbe wurden am Sonntag unter Leitung des Staatsministers v. Werkepsch im preussischen Abgeordnetenhaus wieder aufgenommen. Die Diskussion wurde den ganzen Tag über die hauptsächlichsten Streitpunkte: Wlaufstermin der Tarifverträge und Arbeitszeiterhöhung geführt, ohne daß es gelungen wäre, schon zu einem Resultat zu kommen. Die Verhandlungen sollen die nächsten Tage weitergeführt werden.

Aus dem Lande.

Durlach.

— **Einbruchsdiebstahl.** Der aus Lörrach gebürtige Mehger Robert Krifer, der seit einigen Tagen unter falschem Namen im „Grünen Hof“ logierte, erbrach am Sonntagabend das Zimmer und den Koffer des Hauswärters dieser Wirtschaft und stahl daraus 46 Mk. in bar und für 16 Mk. Warenbestände. Das Geld bezweckte er mit einer Kellnerin auf dem Maskenball. Montag nachmittag wurde er in einer Wirtschaft ermittelt und verhaftet. Er konnte erst nach heftigem Widerstand festgenommen werden.

— **Gemeinnützige Baugenossenschaft für Kleinwohnungsbau.** Die schon einmal im Dezember angefaßte öffentliche Versammlung zur Gründung einer Genossenschaft wurde feinerzeit verschoben und findet nunmehr kommenden Montagabend halb 8 Uhr im Rathauslokal statt. Wir möchten alle Interessenten, insbesondere solche aus Arbeiterkreisen, dringend ersuchen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Es liegt bereits ein Satzungsentwurf vor, der sich an die Satzungen ähnlicher, anderwärts bestehender Genossenschaften anschließt; es wird darüber ein einleitendes Referat gegeben werden.

Ettlingen.

— **Töblicher Unglücksfall.** Gestern nacht kam der Maschinenführer Josef Krak in der Bernheimerischen Papierfabrik der Transmission zu nahe, welche ihn erfaßte und zerdrückte. Der Verunglückte ist 50 Jahre alt.

Offenburg.

L. Eine Einbrecherbande macht sich seit einiger Zeit in der Umgebung von Offenburg bemerkbar. Hauptsächlich sind Ladentassen das Ziel der Einbrecher. Bäcker, Metzger, Kaufleute und Wirte wurden in Niedererschopfheim, Windschlag und Durbach gebrandschlagen. In Niedererschopfheim ließen sie ein Weiz zurück, ebenso in Windschlag. Die Staatsanwaltschaft fahndet nach den Tätern. Das in Niedererschopfheim gefundene Weiz ist mit X. K. gezeichnet. Ob diese Werkzeuge aber nicht auch gestohlen sind?

* **Direktionswechsel.** Durch den Tod des Direktors Verhoff der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wurde dieser Posten frei. Unter 132 Bewerbern wurde die Stelle vom Stadtrat dem Diplomingenieur Ernst Schilling in Karlsruhe übertragen. Nach dem vorliegenden Dienstvertrag soll das Anfangsgehalt 4500 und das Höchstgehalt 6500 Mk. betragen; alle 2 Jahre soll eine Zulage von 350 Mk. erfolgen. Außerdem bezieht der Direktor freies Gas, Wasser, Elektrizität und Heizung bis zum Gesamtbetrag von 500 Mk. Im übrigen sind die Anstellungsverhältnisse dieselben, wie bei den anderen Beamten dieser Kategorie. Herrn Schilling werden auch die Umzugskosten vergütet. Die Zustimmung des Bürgerauschusses zum Anstellungsvertrag wird am Freitag erfolgen.

* **Heidelberg, 4. Febr.** In der vergangenen Nacht vergiftete sich die 27jährige Kontoristin Hermine Gerberhard aus Wiesbaden mit Leuchtgas. Das Motiv der Tat soll in Liebeskummer zu suchen sein.

* **Gernsbach, 4. Febr.** Gestern nachmittag ist der Leidge, 35 Jahre alte Fuhrmann Schwab von hier in die Burg geraten und wurde von der Strömung fortgerissen. Obgleich man ihn alsbald aus dem Wasser zog, war der Tod doch schon eingetreten. Vermutlich hat ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht.

* **Sauterwald, 4. Febr.** Vier vergnügten sich einige Burschen damit, in eine Flasche mit ungelöstem Kalk Wasser zu füllen, um diese zum Explodieren zu bringen. Blühlich explodierte auch die Flasche und einer der Burschen erlitt sehr schwere Verletzungen; besonders die Augen sind in Gefahr.

* **Schopfheim, 4. Febr.** Der eine halbe Stunde von hier entfernte Eichener See, die bekannte geologische Merkwürdigkeit unserer Gegend, ist wieder erschienen und füllt bei einem Meter Befehlstand bereits eine größere Fläche des Seebodens. Die Anzeichen deuten darauf hin, daß der See noch weiter steigt, namentlich, wenn durch weitere Regengüsse oder Schneeschmelzwasser sein unterirdischer Zufluß vergrößert wird.

Die „Karlsruher Eisenbahngesellschaft“ und ihre Gründer.

Nachlese.

II.

Herr Hugo Stinnes.

Bei den Verhandlungen über die Gründung der Karlsruher Eisenbahngesellschaft ist von den Gegnern des oberbürgermeisterlichen Projektes wiederholt (vergl. u. a. S. 10) behauptet worden, daß bei der Verwirklichung des Planes nicht nur die „Süddeutsche Eisenbahngesellschaft“ ihre bis jetzt durchaus unrentable und in merkwürdigen Zustand befindliche, der Elektrifizierung dringend bedürftige Spöck-Dürmersheimer Bahn um das volle Anlagekapital von 1,9 Millionen Mark losbekomme und die Kosten der Elektrifizierung und Neugestaltung auf die neue Gesellschaft abwälze, sondern daß auch das Interesse ihres Aufsichtsratsvorsitzenden, des Herrn Hugo Stinnes, an der geplanten Gründung damit keineswegs erschöpft sei, es sich vielmehr für ihn als einen der größten deutschen privaten Kohlenzechenbesitzer darum handle, ebenso wie dies für die Rheinische Schudertgesellschaft bei ihrer Beteiligung zutraf, für sich und die mit ihm verbundenen Kohlen- und Eisenwerke gewinnbringende Arbeiten und Lieferungen zu sichern. Die Gewährer des oberbürgermeisterlichen Projektes hatten etwas derartiges für gänzlich ausgeschlossen, denn, wie sie sagen, ist Herr Hugo Stinnes ja „nur“ Vorsitzender des Aufsichtsrates der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft, und diese gehört weder ihm persönlich, noch hat sie über Kohlen und Eisen zu verfügen. Man kann sich denken, wie Herr Hugo Stinnes, den Freunde und Gegner als einen der größten deutschen privaten Kohlenzechenbesitzer darum handle, ebenso wie dies für die Rheinische Schudertgesellschaft bei ihrer Beteiligung zutraf, für sich und die mit ihm verbundenen Kohlen- und Eisenwerke gewinnbringende Arbeiten und Lieferungen zu sichern. Die Gewährer des oberbürgermeisterlichen Projektes hatten etwas derartiges für gänzlich ausgeschlossen, denn, wie sie sagen, ist Herr Hugo Stinnes ja „nur“ Vorsitzender des Aufsichtsrates der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft, und diese gehört weder ihm persönlich, noch hat sie über Kohlen und Eisen zu verfügen. Man kann sich denken, wie Herr Hugo Stinnes, den Freunde und Gegner als einen der größten deutschen privaten Kohlenzechenbesitzer darum handle, ebenso wie dies für die Rheinische Schudertgesellschaft bei ihrer Beteiligung zutraf, für sich und die mit ihm verbundenen Kohlen- und Eisenwerke gewinnbringende Arbeiten und Lieferungen zu sichern.

Herr Hugo Stinnes ist für Karlsruhe „nur“ der Aufsichtsratsvorsitzende der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft. Was das in Wirklichkeit heißen will, ist in I der Abhandlung von über die „Karlsruher Eisenbahngesellschaft“ und ihre Gründer“ wenigstens annähernd klar zu legen versucht worden. Wie der geneigte Leser sich erinnert, gehört die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft zu dem Konzern der 13 unter der führenden Tätigkeit des Herrn Stinnes gegründeten oder geleiteten Elektrizitäts- und Straßenbahnunternehmungen teils privaten, teils gemischt-wirtschaftlichen Charakters, denen jetzt die Karlsruher Eisenbahngesellschaft angegliedert werden soll. Ihre Aktienmajorität ist im Besitz der Rheinisch-Westfälischen Bahngesellschaft m. b. H.; die Rheinisch-Westfälische Bahngesellschaft wiederum ist eine Tochtergesellschaft des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks A. G. in Essen, und dieses wiederum steht seit 1902 unter der Leitung von Herrn Hugo Stinnes. Er sitzt dort mit den Herren A. Thyssen, G. Airhof, F. Saniel, Direktor Alhne von der Deutschen Bank, Direktor Müller von der Dresdener Bank usw. im Aufsichtsrat; er ist Vorsitzender dieses Aufsichtsrats und auch an dem Aktienkapital dieser Gesellschaft persönlich nach den von unserer Studienkommission aus Essen mitgeteilten Nachrichten mit 1/4 Millionen Mark beteiligt. Daß er, in welchem offensichtlich dieser ganze Konzern sich konzentriert, an dem geschäftlichen Erfolge dieses Konzerns notwendigerweise das allergrößte persönliche und geschäftliche Interesse hat und daß er die seine durchaus berechtigten privaten Interessen fördert, wenn er die Geschäfte dieses Konzerns fördert, insbesondere wenn er eine

in jeder Hinsicht unrentable und neue Kosten, erfordernde Bahnlinie, wie die Spöck-Dürmersheimer, an eine andere Gesellschaft um das volle Anlagekapital, um bares Geld, abstoßen kann, ist, man möchte sagen, selbst für einen Blinden klar zu Tage liegend. Nur für Karlsruhe ist Herr Stinnes nichts als „Aufsichtsratsvorsitzender“, der an den abzuschließenden Geschäften so wenig ein persönliches geschäftliches Interesse hat, wie etwa der Oberbürgermeister einer Residenzstadt ein persönliches geschäftliches Interesse haben kann an den Geschäften dieser Stadt. Vor wenigen Wochen ging die Nachricht durch alle Handelszeitungen unentgegen, daß die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft beabsichtigt, alle ihre unrentablen Bahnen auf demselben Wege abzustoßen und nur die wirklich rentablen zu behalten. Der Plan ist von einer geradezu glänzenden Einfachheit. Nur waren bisher die Abnehmer für diese unrentablen Bahnlinien nicht zu finden, und insbesondere der Stadtrat Karlsruhe hat sich 22 Jahre lang auf das entschiedenste gegen die Zumutung getraubt, die verrufene Spöck-Dürmersheimer Bahn, nachdem die Stadt die Selbsterbauung seinerzeit veräußert hatte, um das volle Anlagekapital der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft abzunehmen. Jetzt ist dank der Stinnes'schen Erfindung der „gemischt-wirtschaftlichen“ Unternehmungen auch diese Schwierigkeit gelöst. Die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft findet, ähnlich wie in Darmstadt bei der Hessischen Eisenbahngesellschaft, jetzt in der neu zu gründenden Karlsruher Eisenbahngesellschaft den „Gutmütigen“, der ihr die Bahn wirklich um den vollen Anlagewert abnimmt, und die Stadt Karlsruhe nimmt zu 4 Prozent, wenn sie es bekommt, bares Geld als Aktienkapital auf, damit man dieses Geld der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft in Höhe von 1/4 ihres Einbringens ausbezahlen kann. Herr Stinnes hat an dieser Transaktion „gar kein“ Interesse; er ist nur „Aufsichtsratsvorsitzender“ der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft.

Herr Hugo Stinnes ist aber doch in der heutigen deutschen Geschäftswelt auch sonst ein wenig und zwar nicht „nur“ als Aufsichtsratsvorsitzender der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft und der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke in Essen usw. bekannt. Herr Stinnes ist a. B. auch Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsch-Luxemburger Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, welche schon im Jahre 1910 20 273 Arbeiter beschäftigte und eine Kohlenförderung von 4,977 Millionen Tonnen hatte, und die Familie Stinnes gehört weiterhin mit den Familien Thyssen, Saniel und Krupp zu den größten privaten Kohlenzechenbesitzern in Deutschland, mit im Jahre 1910 13 378 Arbeitern und einer Kohlenförderung von 4,088 Millionen Tonnen. Die Gesamtarbeiter- und Kohlenzahl, über welche Stinnes im Jahre 1910 mittelbar und unmittelbar die Verfügung hatte, belief sich demnach auf 34 651 Arbeiter und 9 065 Millionen Tonnen. Des Interesses halber sei beigefügt, daß im gleichen Jahre 1910 im Ruhrgebiet bezw. im Ruhr-Kohlenbergbau die Familie Krupp nur 12 228 Arbeiter beschäftigte, mit einer Förderung von 3,112 Millionen Tonnen, die Familie Thyssen 16 228 Arbeiter mit 3,94 Millionen Tonnen Förderung, die Familie Saniel in Privatbesitz und durch die von ihr beherrschten Gutehoffnungshütte 35 094 Arbeiter mit 9,942 Millionen Tonnen Förderung. (Vergl. die Einzelheiten in dem Aufsatz von E. Werner, Kapitalkonzentration im Ruhrbergbau, Neue Zeit 25. Oktober 1912, Seite 138 ff.)

(Schluß folgt.)

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 5. Febr.

Der gestrige Faschingsdienstag

brachte den üblichen Großtrieb in den Straßen und Restaurants unserer Stadt. Man braucht nicht Wärgler und auch kein Alles bekriechelndes Griesgram zu sein, um doch jagen zu können, daß auch im Karlsruher Maskentreiben eine immer mehr zunehmende Verflachung festzustellen ist. Jrgend welche schön oder gar originell zu nennende Mäskchen konnten wir, obgleich wir uns redlich Mühe gaben, welche zu suchen, nirgends entdecken. Der eine zieht seinen Rod verkehrt an, der andere verflacht sich ein Paar alte Hosen und dito verflacht den Rod. Der weibliche Teil der Parren zieht Herrenkleider an, der männliche verflacht sich Frauenkleider — das ist dann ungefähr alles an Maskerade, was auf den Straßen zu sehen ist. Es ist nicht abzuleugnen, daß dieses Verflachen des Maskentreibens auf das Fehlen eines größeren kornevalistischen Umzugs irgend einer großen Karnevals-gesellschaft zurückzuführen ist. Es wurde ja viel geredelt, oft auch geschimpft über diese Gesellschaften, sie konnten es eben auch keinem recht machen; aber das läßt sich nicht leugnen, daß durch die Umzüge der Verflachung bedeutend gehoben wurde, namentlich vom Lande kam alljährlich ein starker Zug von Besuchern. Der fällt jetzt weg. Die Leute fahren, nicht allein von hier, es wurde uns das auch von Orten aus der Umgebung bestätigt, nach Mannheim, um sich den dortigen Zug anzusehen. Das einzige Originelle, was hier zu sehen war, war die Darländer Straßenbahn. Die zeigte, daß die Darländer trotz der schönen Behandlung von seiten der Stadt ihrer Straßenbahnfrage dennoch auch eine heitere Seite abzugewinnen verleben. Im übrigen bestand die Faschingsfreude der Parren und Männchen in möglichst großen Radaumachen. In dieser Beziehung wurde Unglaubliches geleistet. Die Kaiserstraße war der reinste Herrenkessel. Am Abend trafen sich die verschiedenen Vereine in ihren Vereinslokalen, um bei Sang und Klang und Bierkonsum noch einmal im Freundeskreise frohlich zu sein. Viel besucht und bewundert wurde die Gewerkschaftszentrale mit ihrem schön ausgeschmückten Saale. Die Wirte werden wohl die einzigen Stadtbewohner sein, die heute keinen Jammer, wenigstens keinen moralischen haben werden. Namentlich in den Cafés, Meis, Wärdner, Odeon, Bauer, Zentral herrschte ausgelassenste Heiterkeit, auch die Soirée im „Friedrichshof“ erfreute sich eines guten Besuchs. In der Festhalle fand von 7 Uhr ab großer Schluß-Ball statt. Der Reiz war ungeheuer, ebenso aber auch das Leben und

Unterhaltungsblatt zum Volksfreund. In jeder Hinsicht unrentable und neue Kosten, erfordernde Bahnlinie, wie die Spöck-Dürmersheimer, an eine andere Gesellschaft um das volle Anlagekapital, um bares Geld, abstoßen kann, ist, man möchte sagen, selbst für einen Blinden klar zu Tage liegend. Nur für Karlsruhe ist Herr Stinnes nichts als „Aufsichtsratsvorsitzender“, der an den abzuschließenden Geschäften so wenig ein persönliches geschäftliches Interesse hat, wie etwa der Oberbürgermeister einer Residenzstadt ein persönliches geschäftliches Interesse haben kann an den Geschäften dieser Stadt. Vor wenigen Wochen ging die Nachricht durch alle Handelszeitungen unentgegen, daß die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft beabsichtigt, alle ihre unrentablen Bahnen auf demselben Wege abzustoßen und nur die wirklich rentablen zu behalten. Der Plan ist von einer geradezu glänzenden Einfachheit. Nur waren bisher die Abnehmer für diese unrentablen Bahnlinien nicht zu finden, und insbesondere der Stadtrat Karlsruhe hat sich 22 Jahre lang auf das entschiedenste gegen die Zumutung getraubt, die verrufene Spöck-Dürmersheimer Bahn, nachdem die Stadt die Selbsterbauung seinerzeit veräußert hatte, um das volle Anlagekapital der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft abzunehmen. Jetzt ist dank der Stinnes'schen Erfindung der „gemischt-wirtschaftlichen“ Unternehmungen auch diese Schwierigkeit gelöst. Die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft findet, ähnlich wie in Darmstadt bei der Hessischen Eisenbahngesellschaft, jetzt in der neu zu gründenden Karlsruher Eisenbahngesellschaft den „Gutmütigen“, der ihr die Bahn wirklich um den vollen Anlagewert abnimmt, und die Stadt Karlsruhe nimmt zu 4 Prozent, wenn sie es bekommt, bares Geld als Aktienkapital auf, damit man dieses Geld der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft in Höhe von 1/4 ihres Einbringens ausbezahlen kann. Herr Stinnes hat an dieser Transaktion „gar kein“ Interesse; er ist nur „Aufsichtsratsvorsitzender“ der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft. Herr Hugo Stinnes ist aber doch in der heutigen deutschen Geschäftswelt auch sonst ein wenig und zwar nicht „nur“ als Aufsichtsratsvorsitzender der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft und der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke in Essen usw. bekannt. Herr Stinnes ist a. B. auch Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsch-Luxemburger Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, welche schon im Jahre 1910 20 273 Arbeiter beschäftigte und eine Kohlenförderung von 4,977 Millionen Tonnen hatte, und die Familie Stinnes gehört weiterhin mit den Familien Thyssen, Saniel und Krupp zu den größten privaten Kohlenzechenbesitzern in Deutschland, mit im Jahre 1910 13 378 Arbeitern und einer Kohlenförderung von 4,088 Millionen Tonnen. Die Gesamtarbeiter- und Kohlenzahl, über welche Stinnes im Jahre 1910 mittelbar und unmittelbar die Verfügung hatte, belief sich demnach auf 34 651 Arbeiter und 9 065 Millionen Tonnen. Des Interesses halber sei beigefügt, daß im gleichen Jahre 1910 im Ruhrgebiet bezw. im Ruhr-Kohlenbergbau die Familie Krupp nur 12 228 Arbeiter beschäftigte, mit einer Förderung von 3,112 Millionen Tonnen, die Familie Thyssen 16 228 Arbeiter mit 3,94 Millionen Tonnen Förderung, die Familie Saniel in Privatbesitz und durch die von ihr beherrschten Gutehoffnungshütte 35 094 Arbeiter mit 9,942 Millionen Tonnen Förderung. (Vergl. die Einzelheiten in dem Aufsatz von E. Werner, Kapitalkonzentration im Ruhrbergbau, Neue Zeit 25. Oktober 1912, Seite 138 ff.)

